



Haushalts- und Finanzausschuss

73. Sitzung (öffentlicher Teil)¹⁾

8. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:55 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Kapitalerhöhung bei der WestLB AG

1

Bericht der Landesregierung

An einen Bericht von Finanzminister Jochen Dieckmann schließt sich eine Diskussion an.

2 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

4

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (Erste Ergänzung)

Zweiter Beratungsdurchgang aller Einzelpläne und Auswertung der Ergebnisse der Berichterstattergespräche

Angesichts der heute noch nicht vorliegenden Zweiten Ergänzung debattiert der Ausschuss über den nach Meinung der Oppositionsfraktionen zu kurzen Beratungszeitraum.

¹⁾ Vertraulicher Teil zu TOP 10 s. Vertr. APr 13/39

- 3 Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgelts für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)** 8
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4528 (Neudruck)
Ausschussprotokolle 13/1077 und 13/1081
Auswertung der Expertengespräche
- Der Ausschuss berät die Ergebnisse der Anhörungen. Koalitions- und Oppositionsfraktionen kommen dabei im Hinblick auf die Notwendigkeit von Änderungen des Gesetzentwurfs zu unterschiedlichen Bewertungen.
- 4 Gesetz zur Umstrukturierung der Landesbank Nordrhein-Westfalen zur Förderbank des Landes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Gesetze** 13
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4578
Beschluss über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung
- Ohne Diskussion **beschließt** der Ausschuss, auf der Grundlage der von den Fraktionen vorgeschlagenen Sachverständigen und Fragen am 13. Februar 2004 eine **öffentliche Anhörung** gemäß § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung durchzuführen.
- 5 Gesetz zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Regelungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW (BLB NRW) sowie des Landesbetriebes Straßenbau NRW** 13
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4580
Vorlage 13/2463
- Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Landesbetriebe und Sondervermögen" **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP, dem **Gesetzentwurf zuzustimmen**.
- Berichterstatter: Günter Garbrecht (SPD)

- 6 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)** 13
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4586
- Auf Bitten der Fraktionen der CDU und der FDP wird die abschließende Beratung vertagt.
- 7 Gesetz zur Verbesserung der Integration in Nordrhein-Westfalen** 14
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3014
- Nach kurzer Aussprache **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, den **Gesetzentwurf abzulehnen**.
- 8 Flexible Stellenbudgets zugunsten von Schulen mit besonderem Förderbedarf - Neue Spielräume für individuelle Förderung schaffen** 15
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4701
- Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird vereinbart, diesen Antrag demnächst zusammen mit der Änderungsverordnung zu § 5 des Schulfinanzgesetzes zu behandeln und zunächst das Beratungsergebnis des Unterausschusses "Personal" abzuwarten.
- 9 "Kommunale Weiterbildung dauerhaft sichern und flexibilisieren" Finanzierbarkeit durch Aufgabenentlastung und Entbürokratisierung wahren** 16
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4740
- Der Ausschuss **empfiehlt** ohne Aussprache dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, den **Antrag abzulehnen**.

10 Landesbürgschaften im 2. Halbjahr 2001 und im Jahr 2002 16, 18

Vorlagen 13/2431 und 13/2432

Nach kurzer Erörterung **beschließt** der Ausschuss einstimmig, die Beratung in **vertraulicher Sitzung** fortzuführen (s. *Vertr. APr 13/39*).

11 Bayerischer Gesetzentwurf zur Rennwett- und Lotteriesteuer 17

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht von Finanzminister Jochen Dieckmann entgegen.

6 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4586

Vorsitzender Volkmar Klein legt dar, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie - federführend - und zur Mitberatung u. a. an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden. Ursprünglich habe der federführende Ausschuss die Absicht gehabt, am 4. Februar darüber abzustimmen; inzwischen habe er aber die Mitteilung erhalten, dass dieser Termin verschoben werde.

Manfred Palmén (CDU) legt dar, bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik habe der Ausschussvorsitzende vorgetragen, dass der Wirtschaftsausschuss den Industrie- und Handelskammern eine Frist zur Stellungnahme bis zum 9. Januar eingeräumt habe. Abgesehen davon habe die CDU-Fraktion gebeten, wegen des Ende Januar bevorstehenden Gespräches zwischen den Spitzen der SPD, der Grünen und der CDU zum "Düsseldorfer Signal" die abschließende Beratung zu vertagen. Der Ausschuss für Kommunalpolitik sei dem Wunsch nachgekommen. Er schlage vor, im HFA genauso zu verfahren.

Im Übrigen habe die CDU-Fraktion Probleme damit, die staatlichen Umweltämter und die staatlichen Ämter für Arbeitsschutz bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu einer neuen Behörde zusammenzulegen. Wenn im "Düsseldorfer Signal" davon die Rede sein, dass es möglicherweise in Richtung Kommunalisierung gehe, erscheine es fragwürdig, jetzt noch eine neue Behörde zu gründen. Diese Diskussion würde die CDU-Fraktion aber auch gerne zurückstellen, bis man das Ergebnis des Spitzengesprächs kenne.

Angela Freimuth (FDP) plädiert für eine Vertagung, um die Stellungnahmen der Verbände einbeziehen zu können.

Vorsitzender Volkmar Klein stellt fest, die abschließende Beratung werde einvernehmlich auf einen Zeitpunkt nach Eingang der Stellungnahmen verschoben; über den Termin werde man sich dann kurzfristig verständigen.

7 Gesetz zur Verbesserung der Integration in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3014

Vorsitzender Volkmar Klein macht darauf aufmerksam, dass dieser Gesetzentwurf vom federführenden Ausschuss für Migrationsangelegenheiten am 5. Februar abschlie-